

Solidaritätsaktion für Menschen- & Gewerkschaftsrechte in Kolumbien

24. April 2010 – 12:00-14:00 – Wittenbergplatz
(am Brunnen auf der Seite des KaDeWe)

Jedes Jahr werden Tausende Menschen in Kolumbien ermordet, allein weil sie sich für ihre sozialen und politischen Rechte engagieren.

Besonders im Fadenkreuz von Armee und Paramilitärs stehen aktive GewerkschafterInnen. Auch 2009 mussten die Gewerkschaften 41 KollegInnen zu Grabe tragen.

Doch die Überlebenden geben nicht auf und sind ein Beispiel für Mut und die Kraft ihrer Überzeugungen. Mit ihnen wollen wir uns solidarisieren und deutlich machen, dass ihr Engagement wahrgenommen, die Missachtung der Menschen- und Gewerkschaftsrechte hingegen scharf verurteilt wird.

Protestaktion mit Redebeiträgen auf Deutsch und auf Spanisch zu:

- Bedrohte VerteidigerInnen von Menschenrechten - *kolko e.V.*
- Gewerkschaftliche Arbeit unter ständiger Todesdrohung - *Arbeitskreis Internationalismus der IG Metall Berlin*
- Fallstudien bedrohter und ermordeter Gewerkschafter - *Amnesty International Berlin-Brandenburg*
- Konzerninteressen und Menschenrechte - *Kolumbienkampagne*
- EU-Freihandelsabkommen mit Kolumbien - *Oxfam*



Foto: Jochen Schüller

Zusammenschluss von:

Arbeitskreis Internationalismus der IG Metall Berlin, FDCL, kanalB, kolko e.V., Kolumbienkampagne, Kommunität Grimnitz, Oxfam, Polo Democratico Alternativo, ver.di Bezirk Berlin und Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung – WEED e. V.

Hintergrund und der aktuelle Anlass der Solidaritätsaktion:

Am 18. Mai 2010 soll während des EU-Lateinamerika-Gipfels in Madrid ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kolumbien unterzeichnet werden. Durch ein solches Abkommen wird jedoch allein die bisherige repressive Politik der kolumbianischen Regierung legitimiert. Die schwierige Menschenrechts- und Gewerkschaftslage oder die wirtschaftliche Situation des Großteils der Bevölkerung wird hingegen nicht verbessert werden. Die Armutsrate in Kolumbien liegt insgesamt bei ca. 50%, auf dem Land sogar bei 65%. Die Verteilung von Wohlstand und der Zugang zu Land klaffen extrem auseinander. Die arme Bevölkerung wird jedoch nicht von dem Abkommen profitieren. Denn Liberalisierung führt eben nicht automatisch zu Entwicklung. Stattdessen setzt die weltweite Liberalisierung des Handels einen immer härteren Wettbewerb in Gang – zu Lasten von Arbeits- und Umweltstandards.

Außerdem ist zu befürchten, dass den herrschenden Konflikten im Land weiter Nahrung gegeben wird. Der seit Jahrzehnten andauernde bewaffnete Konflikt fordert Jahr für Jahr weit über 1.000 Opfer. Besorgniserregend sind zudem die hohe Zahl an extralegalen Hinrichtungen und die Straflosigkeit solcher Verbrechen. 95% der Morde in Kolumbien werden nicht aufgeklärt. Dazu kommen laut eines Berichtes des UN Menschenrechtsrat (HRC) weitere Arten von Übergriffen, Vertreibungen, Plünderungen, Folter, Drohungen sowie brutales, inhumanes und erniedrigendes Vorgehen gegen die Bevölkerung. Vier Millionen Menschen sind Flüchtlinge im eigenen Land; Hunderttausende bereits in die Nachbarländer geflohen.

Aufgrund dieser katastrophalen Menschenrechtslage haben der US-Kongress, das kanadische Parlament und die norwegische Regierung (im Rahmen der EFTA) die Ratifizierung eines Freihandelsabkommen mit Kolumbien abgelehnt. Die EU sollte hier keine Ausnahme bilden und sich stattdessen ernsthaft für Menschen- und Gewerkschaftsrechte im Land einsetzen. Denn Kolumbien ist für GewerkschafterInnen das gefährlichste Land der Welt. Alleine in der Amtsperiode von Präsident Uribe seit 2002 wurden 500 Gewerkschafter ermordet. Die Gründung von Gewerkschaften wird systematisch verhindert und andere international anerkannte Arbeitsrechte ebenso wenig gewährt. Die kolumbianischen Gewerkschaften lehnen das Freihandelsabkommen ab, da es nur die Interessen der global tätigen Unternehmen unterstütze, ohne die Interessen der ArbeitnehmerInnen in Kolumbien in den Blick zu nehmen.